



Sitzung des Verwaltungs-, Finanz- und Sozialausschusses

am Montag, 21. September 2020

Beratungs- und Beschlussvorlage:

TOP: 2. - öffentlich

Drucksachen-Nr. VA-2020-ö-010

Sozialbetreuung / Integrationsmanagement

für Flüchtlinge in Anschlussunterbringung

- Verlängerung des Vertrags mit der Diakonie bis Ende 2021

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat verlängert den Vertrag mit dem Diakonischen Werk Ravensburg um ein Jahr bis 31. Dezember 2021 zur Fortführung des Integrationsmanagement für Flüchtlinge in Anschlussunterbringung.

Die über diesen Vertrag finanzierten Stellen reduzieren sich von 2,29 auf 1,79 Stellenanteilen.

Finanzierung:

Haushaltsplan, Seite:

- Produktgruppe:

- Bezeichnung:

- Planansatz:

Keine überplanmäßigen Mittel notwendig.

Überplanmäßige Mittel

in Höhe von € notwendig!

Sachverhalt:

Seit 2018 ist das Diakonische Werk Ravensburg von der Stadt für die Sozialbetreuung für Flüchtlinge (Integrationsmanagement) beauftragt. Der aktuelle Vertrag ist bis Ende dieses Jahres befristet. Für diese Betreuung stehen 2,29 Personalstellen zur Verfügung, aufgeteilt auf 4 Personen mit 0,39 / 0,5 / 0,6 und 0,8 Stellenanteilen. Innerhalb des Pakts für Integration des Landes erhält die Stadt für diese Stellen auch weiterhin eine Landesförderung von 64.000€ pro Vollzeitstelle.

Auf Grund aktueller Veränderungen beim Personal (Ausscheiden einer Mitarbeiterin wegen Mutterschutz und Elternzeit mit Stellenanteil 50%), Reduzierung der Landesförderung in Form der Kopfpauschale pro Flüchtling auch aus dem Pakt für Integration und der Haushaltslage der Stadt wird vorgeschlagen, diesen Stellenanteil nicht nachzubeseetzen.

Dieser Vorschlag ist mit dem Diakonischen Werk abgestimmt. Ergänzend ist vereinbart, dass beginnend im November 2020 weitere Gespräche zu Veränderungen bei der Sozialbetreuung, evtl. auch mit Beratung für Personen mit Migrationshintergrund und zur Fortführung der Obdachlosenbetreuung, stattfinden.

Eckpunkte zum Vertrag sind:

Der Vertrag soll zum 01.01.2021 für ein Jahr bis 31.12.2021 verlängert und mit Ausscheiden der Mitarbeiterin auf 1,79 Vollzeitstellen reduziert werden.

Der Auftragnehmer entscheidet im Einvernehmen mit dem Auftraggeber über die Weiterbeschäftigung von Mitarbeitern.

Der Auftraggeber stellt die erforderlichen Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich unter anderem folgende Leistungen zu erbringen:

- Aufsuchende, niederschwellige und kultursensible Beratung
- Sozialbegleitung durch Einzelfallhilfe zu allen Fragen des alltäglichen Lebens und zu Perspektiven
- Erfassung und Zusammenführung von freiwillig zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten
- Informationen über Integrationsangebote vor Ort
- Auswertung bzw. Überprüfung der individuellen Integrationspläne in regelmäßigen Gesprächen
- Informationen und Heranführen an zivilgesellschaftliche Strukturen und Vereine

Kosten:

Für die genannten Leistungen zahlt die Stadt künftig für 1,79 Stellen 139.844 €/Jahr

Der Landeszuschuss zum Integrationsmanagement beläuft sich dann auf 114.560 €/Jahr

Die Differenz (25.284 €) wird aus den allgemeinen Mittel des Integrationslastenausgleich, soweit möglich, mitfinanziert.

Isny im Allgäu, 10.09.2020

Anita Gösele

Anlage/n:
